

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3688-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Wöchentl. 1 Mark. Montags 4,30 Mark. Bei Zustellung durch die Post nach 36 Pfennig Bestellgeld.

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch. Berlin. Anzeigen-Preise: Einzel-Nummern 3 Pfennig. Familien-Anzeigen: Einzel-Nummern 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-24.

15 Pf. <sup>1</sup>/<sub>2</sub> Nr 96 · A 49

DONNERSTAG, 26. FEBRUAR 1931

MORGEN-AUSGABE · V

## Senderson bei Mussolini

### London leugnet Abrüstungs-Einigkeit mit Paris

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ROM, 25. FEBRUAR

Die englische Flottenmission mit Senderson traf heute abend hier ein. Senderson und Admiral Alexander schienen besser Kunde und ließen sich bereitwillig immer wieder fotografieren. Den Journalisten bestätigten sie fälschlich, eine aussagekräftige Fahrt gemacht zu haben, trotzdem aber so müde zu sein, daß sie jede Auskunft verweigern müßten. Senderson begab sich jedoch mit seinen Begleitern in die englische Botschaft, wo er bis zur Eröffnung seiner Mission Wohnung nehmen wird. Die erste offizielle Besprechung ist auf morgen vormittag angesetzt. An den Verhandlungen nehmen Sir Walter Dornier, Sir Ernest Borsarioglu und Minister Hoare teil. Eine Besprechung mit Mussolini ist nach Beendigung dieser Verhandlungen vorgesehen oder für den Fall, daß besondere Schwierigkeiten eintreten sollten. In englischen Kreisen glaubt man, daß Senderson und seine Begleiter am Sonnabend die Südtiroler nach London antreten werden.

LONDON, 25. FEBRUAR

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Die Absicht des englischen Außenministers Senderson und des Marineministers Hoare nach Rom besteht, daß die englische Regierung ihre Hilfe als schiedsrichterlicher oder intersektarischer Mittler zwischen Frankreich und Italien mit aller Energie durchzuführen gewillt ist. Sie bemerkt weiter, daß die beiden referatmäßigen Träger der Verantwortung in London mit den französischen Vorschlägen an Italien einverstanden sind, wobei vorläufig noch ein Geheimnis ist, ob die Vorschläge, wie es den Anschein hat, durch die persönliche Intervention der beiden englischen Minister in Paris noch modifiziert werden wird.

Was die Romreise aber nicht beweist, was aber die Pariser Presse allzu gern wahrhaben möchte, ist, daß sich die englischen

Minister von ihren französischen Kollegen Konzessionen auf dem Gebiet der Vorrückung (gegen Deutschland) für den Freizug des Engagements von Wasser haben abringen lassen.

Sie ist man über diese vorläufigen Abschnürungen der Pariser Blätter hart verstimmt und findet es einseitig, vorlaut von den Franzosen, daß sie so tun, als hätten sie über die letzten Entscheidungen Englands zu bestimmen. Man befürchtet, daß das von den Pariser in die Welt lancierte „Junctum“ zwischen diesen Verhandlungen und den Entscheidungen, die in einem Jahre auf der allgemeinen Abrüstungskonferenz von England gefaßt werden sollen, nicht eingetretet und nur ein Verzicht ist, Frankreich in anderer Richtung Härten erdulden zu lassen als sie es ist.

Der Senderson fernst — und in dieser Beziehung ist er eins mit den ganzen Arbeiterkabinett —, der weiß, daß er in Fragen der Friedensbewegung und der Abrüstung als ihrer Grundlegung sich auf derartige Männer nicht einlassen wird, die seine allgemeine Abrüstungspolitik gefährden könnten.

Wenn er den französischen Vorschlägen zustimmt und sich bereitgefunden hat, persönlich für sie im Palazzo Venezia einzutreten, so muß er sich davon überzeugt haben, daß diese Pläne dekarat sind, daß er sie im Parlament in Westminster verteidigen kann, und das Parlament in Westminster — das hat bereits heute eine unheimtümliche Föhnstimmung der Konsolidation an der Unterhauskammer der Marine gezeigt — wird gegen jeden Schritt darüber haben wollen, ob das französisch-italienische Abkommen nicht die „Sicherung Englands zur See“ bedeutet und damit die „Steigerungslaufst“ des Londoner Dreimächtepaktes in Aktion lege, die England (und Amerika und Japan) das Recht gibt, in diesem Fall sein Programm zu erweitern.

Das will das Kabinett MacDonald-Sendon-Senderson um jeden Preis vermeiden, und darum ist es kein anzunehmen, daß es auf französisch-italienische Forderungen eingehen würde. Die den „Big navy“-Leuten in England Agitationsargumente in die Hand geben.

## Der Handelsvertrag vor dem Sejm

### Neue Forderungen wegen des deutschen Agrarprogramms

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSAU, 25. FEBRUAR

Im polnischen Sejm gehen heute vormittag die Aussprachen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag. Der Referent, ein in ehemals deutschen Gebiet geborener Regierungsgesandter namens Selske, äußerte sich sehr zweifelhafte über die Vorteile des Abkommens für Polen und beanstandete vor allem das feine Wortung nach übertragene Entgegenkommen, welches der deutsche Auswärtigenhandel durch eine Reihe von Bestimmungen erhalten habe. Er unterrichtete die Vorlage der Regierung, welche die Justizminister ernstlich anzweifelt und behielt sich einen Antrag auf Sinauscheidung der Beschlußfassung sowie Einholung weiterer Aufführungen durch die Regierung vor.

Offenbar wird sich in dieser Stellungnahme bereits die lebhafteste Propaganda aus die einige deutsche Blätter auf Grund der neuen Forderungen des deutschen Außenministeriums heute entfallen. Sie behaupten, daß dadurch die Vorteile des Handelsvertrages für Polen auf ein Minimum zurückgeführt werden, so daß die deutsch-polnische Handelsbeziehung sich nach dem Verschleppen dieses Vertrages weiter hart gegen den deutsch-polnischen Austausch müsse. Auch in den amtlichen Kreisen hat diese Ansicht in den letzten Tagen fälschlich an Boden gewonnen.

Ob es unter diesen Umständen bereits in der nächsten Woche zur Annahme des Vertrages kommt, wie das die Regierung ursprünglich wünschte, erscheint zweifelhaft. Offenbar wird hier zunächst die bevorstehenden handelspolitischen Entscheidungen in Deutschland abzuwarten, um gegebenenfalls noch Abschlüsse und Gegenmaßnahmen vor dem Satztreffen des Handelsvertrages treffen zu können.

## Was wird mit Berlin?

Wahrscheinlich nach Beendigung der Beratung des neuen Berliner Verfassungsgesetzes im Gemeinderat des Landtages hat die „Botschaft“ der Lieberzeugung Ausdruck gegeben, daß mit den dort gefaßten Beschlüssen noch nicht das letzte Wort in der ganzen Angelegenheit gesprochen worden sei. In der Tat finden sich wieder intertextuelle Beziehungen im Landtag fort, an denen auch Minister Georing teilnimmt.

Diese Verhandlungen haben offenbar den Zweck, dem Standpunkt des Ministers, der ja auch der Standpunkt der Oberregierung ist, entgegenzusetzen. Man will die Frage d. h. die Willen des Oberregierungsleiters, klären, indem man die nach dem Ausschluß der verhandelnden Rechte der übrigen Magistratsmitglieder wieder eintrifft.

Ein Beschluß steht noch aus, aber man hofft zu einer Einigung vor dem 2. März zu kommen, wo das neue Verfassungsgesetz zur zweiten Beratung im Plenum des Landtages auf der Tagesordnung steht.

## Abbau der Hauszinssteuer

Ueber die Neuregelung der Hauszinssteuer in Preußen finden im Landtag interessante Besprechungen statt.

Durch die letzte Rotterordnung des Reichspräsidenten ist bekanntlich die Abminderung der Doppelzinssteuer von 5 auf 7½ % vom 1. Januar 1932 ab vorgezogen, die eine erhebliche Mehrbelastung der Hauseigentümer in sich schließt. Um auf jeden Fall eine Erhöhung der Mieten zu verhindern, sind die Regierungsparteien des Landtages im Verein mit dem Finanzminister Dr. Söpper-Waldoff an der Arbeit, durch eine Streuung der Hauszinssteuer, d. h. durch ihre Veranzahlung, einen Teil der Hauseigentümer befreienden Ausgleich zu schaffen.

Die Veranschlagung scheint gefaßt, so daß der Hauptausfluß der sich am Sonnabend dieser Woche am Montag nächster Woche mit dem schweizigen Problem befaßt wird, eine einheitliche Front der Regierungsparteien vorfinden dürfte.

## Wilsons Bild

Ein Abgeordneter hat gestern den förmlichen Antrag gestellt, das Bild des früheren Reichsaussenministers Fürsten Bülow aus den Räumen des Reichstags zu entfernen, weil er durch seine „Erinnerungen“ sich als ein Charakter von solcher Feindseligkeit erwiesen habe, daß sich Deutschland eines solchen Kanzlers nur schämen könne. Zu einer Verhinderung kam es nicht, die Entscheidung soll im Weltfrieden getroffen werden. Die Meinung aber, die der Antrag bei fast allen Parteien gefunden hat, läßt vermuten, daß das Bildnis des Fürsten Bülow nicht mehr lange auf seinem Platze bleiben wird. Der dritte Reichstag Bismarcks hat für den Fall seines Todes dem Reichs-Tag eine eigene Bildnisse verordnet, das Bismarck gemalt hat, und hat daran die Bestimmung getroffen, daß das andere Porträt der Universität Königsberg überwiegen werden solle. Diesen letztgenannten verhängen wurde ein Bildnis von Bülow, das in der Tat ein Bildnis ist, und beide Bilder loszuwerden.

Im Jelen, die vorgegangen sind, wurden Staatsmänner, die in Ungnade gefallen waren, mitsamt nach ihrem Tode in effigie gehängt. Fürst Bülow ist in effigie abgehängt. Das ist die moderne Methode eines moralischen Strafgerichts.

Fürst Bülow, der den Verlegern seines literarischen Nachlasses zu seinem Tode seinen Einverständnis in das Manuskript gestattete, hat sich durch sorgfältig formulierte Vertragsbestimmungen davor gefürchtet, daß auch nur ein Wort seiner Erinnerungen geändert oder weggelassen werde. Verleger und Sachverständigen mußten sich ergeben lassen, was Fürst Bülow für niederschriftlich, und formten in einer Zertifikierung nur vorauszusetzen, daß das Werk „an vielen Stellen kritischen politischer Vorgänge und Charakteristiken einzelner Persönlichkeiten“ bringe, die sich mit den Ansichten des Verlegers nicht decken.

Die „Erinnerungen“ zwingen Bülowen Zeitgenossen, ihre Erinnerungen an den Menschen und Politiker gründlich zu revidieren. Er galt ihnen, auch wenn sie ihn politisch nicht folgten, als ein Lebenswunder, Grundlegend und faszinierender Geist. Sie kommen jetzt zu der Erkenntnis, daß unter dem Fürsten des früheren Reiches ein Mann stehe, der in seinen Mitteln nicht wahlloscher Hof- und Staatsmann sich verberg. Die verständliche Entrüstung über einen Irrtum, in dem man jahrelang gefangen war, darf aber nicht dazu führen, sich der Erkenntnis zu verschließen, daß die drei Bülow-Bände, die bisher erschienen sind, das ergiebteste historische Quellenwerk darstellen, das wir bei der Regierungsgeschichte des Reichs II. besitzen. Nicht ein unbedeutend zuverläßliches. Der wissenschaftliche Wert des Historikers wird durch seinen Charakter bestärkt. Und Fürst Bülow, der feindselige, peinliche Name aus dem Grade und über das Grad hinaus nicht, ist gewiß kein objektiver Geschichtsschreiber. Hof und weltliche Götterbilder häufig den Pinakel, wenn er die Portraits seiner Gegenspieler und Nachfolger malt. Was aber an unzulänglichen Tadeln und an nicht angangewiesenen Dokumenten übrig bleibt, ist erfindungsreich genug.

Schwer zu verstehen ist, daß Fürst Bülow nicht begriff, wie er in seinen „Erinnerungen“ sich selbst das Doppelbild als Politiker schreibe. Wo ist der Staatsmann geblieben, der nicht nur selbst sich für unerschöpflich hielt, an dessen überragende Fähigkeiten sich ein großer Teil des deutschen Volkes glaubte? In seinen Erinnerungen erzählt er von der Bewohnung, um jede Jahresende auf einjahren Spaziergängen die Weltlage zu überdenken und sein zukünftiges Handeln zu überlegen. Was war das Resultat dieser Überlegung? Mit begrenzter einer lebenden, körperlichen Dase. Es ist ein Bildnis des äußeren Charakters, die Fürst Bülow selbst national nennt, die aber ihren Impuls und ihre Richtung setzen aus dem nationalen Verstand empfang, weiß sich nach der Konstellation der Sterne am höchsten Himmel orientierte. Auch Bülowen Denken treffe um den Kaiser, um den Hof.

Der Fürst Bülow verurteilt, darf nicht vergehen, daß er als Kanzler typisches Produkt und typischer Repräsentant des preussischen Regiments war, dem ein Bismarck werden müßte, das eigenwillige charaktervolle Nachfolger nicht duldet. Man muttere die Kanzler Wilhelm II. in die Erinnerung: Gavetti, der auf feierlichen Reichstag den Leinwand nach Wien schickte; Fürst Bülow, der müde dreie, der nicht als Kanzler, höchstens als Vetter der Kaiserin allzu Schlimmes abzuwenden vermochte; Bülow, nachher Bethmann Holweg, der Prediger der „gottgewollten Abhängigkeit“, der in den Krieg „hineinschickerte“ und an Englands Neutralität glaubte, nicht einmal, die pervertierte Unzulänglichkeit, den man nicht als Oberregierungsrat beim Breslauer Oberpräsident für tauglich hielt, Graf Hertling, der körper-



# Zur Sache

## Eines Deutschen Vaterland

Es kommen oft Deutsche zu uns ins Reich, die nach dem Krieg ein neues Vaterland bekommen haben, und erzählen von ihrem Leben in der veränderten Umwelt. Nicht können sie nichts Gutes erzählen: die Mehrzahl dieser haben sich oft als Fremdenbitter manifestiert — oder demersit zeigen ihre Beschränktheit für ihre lokalen Staatsbürger anderer Nationalität, sind vom Nationalitäts-Bahn besessen, und die deutschen Bürger, die zu uns als alles immer wieder von ihnen hören, werden bitter, wenn sie von ihrem „Vaterland“ sprechen.

Das es nicht so sein w. d. hat uns ein Mann gelehrt, der zu einem vom Ungarischen Völkchen an der Unvollständigkeit des Vortages Berlin besuchte, ein Mann, dessen Name Dr. Oetzl war und der eines früheren ungarischen Finanz- und Außenministers und als des Präsidenten des deutschen Kulturvereins in Ungarn überall guten Klang hat. Dieser Deutsche aus der Sippe, zu dessen Ehren sich nach dem Vortage noch eine Anzahl interessanter Ungarn und Deutsche auf Einladung des Leiters d. D. Dr. Oetzl zusammenfanden, machte sehr unterhaltsame Ausführungen über Ungarns politische und wirtschaftliche Tendenzen. Ergebnis: Aufsehrung für den europäischen Wesen, politisch ohne Fögen, wirtschaftlich mit natürlichen Hemmungen.

Aus der Rede konnte man manches lernen. Vor allem dies: es ist durchaus möglich, daß ein seines Volkstums bewußter Deutscher sich nicht und gern zu seinem Vaterland bekehrt, das nicht Deutschland heißt. Nicht, als ob die ungarischen Nationalisten hier die besten und besten Beispiele von blühender Wohlstande in der Regierung in Budapest zu stellen hätten; grade sich verhalten sie wieder mit aller Energie darüber. Nicht, als ob alle Volkstüm-Organen ihren deutschen Landesleuten nun ihr Gesetz entgegenbrächten. Aber: die Deutschen sind nicht so vornehmlich verächtlich, verneint, vorgeleitet und mißliebigen Staatsleuten gleichgestellt.

Der Deutschstimmführer aus Ungarn konnte, ohne feiner nationalen Würde Abbruch zu tun, mit Heftigkeit für sein ungarisches Vaterland am Reichstisch sprechen, und der Oetzl hat seinen aus dem Reichstisch lange Zeit. Die Herren aus statt seiner etw. die Willensschwäche mander unserer Kadettenkorporation und auf der Rebertrübene einige deutsche Ministerstimmführer aus diesen Ländern — aber nein, wir wollen uns das gar nicht erst vorstellen; so schon träumt man nur! phil.

## Heden ist Wald

Paul Schulte aus Raumburg verurteilt, wie wir jüngst berichteten, durch die Raube zu fahren und im Auftrag des Herrn Fried für ein „deutsches“ Kunstwerk zu schaffen. Die Aktion hat sich im Winter. Man erzählte von diesem Propaganda nichts Politisches darüber, was nun „deutsches“ Kunst ist.

Es gibt neuerliche Kunde, der „Rundblick“ in Dresden gehört dazu. Er wollte durchaus wissen, was es mit diesen neuen „deutschen“ Kunst eigentlich auf sich habe. Er veranstaltete eine Disquisition, um von den Beratern, die Herrn Schulte auf Arbeit gestellt sind, zu erfahren, wie dem deutschen Volk zu helfen sei. Er lud alle Kunstinteressierten Kreise Dresdens ein und dazu die Mitglieder jenes „Kampfbundes“, der hinter der Vertreibung des Herrn Schulte stand. Es kam auch eine Disquisition zustande — nur die Beratern vom „Kampfbund“ schweigend. Sie schwiegen finstler und entschlossen. Es war aus ihnen nichts herauszubringen. Es werden wohl ihr Geheimnis mit ins Grab nehmen wollen.

Es ist gar nicht so schwer, über Dinge der Kunst zu sprechen, wenn man weiß, was man will, wenn man ein Ideal hat. Die Nationalsozialisten wissen nicht, was sie wollen. Es tun nur. Sie verstehen nicht hinter das alte liebe Sprichwort, daß die Aktion hat sich im Winter. Man erzählte von diesem Propaganda nichts Politisches darüber, was nun „deutsches“ Kunst ist. Es ist immer baselnde; da, wo sie mit Frauenten über Frauprobeme ernsthaft diskutieren sollen, entpuppt sich ihr Feuerber Weltentstausen. Ganz gleich, ob Herr Viller mit Zenten der Vertreibung des Herrn Fried mit Zenten der Kunst sich auseinanderzusetzen: es bleibt nicht, als dieses Schweben, das geheimnisvoll tut und hinter dem die reine Impotenz liegt. — 11.

## Was macht sich schon

Der Regesoldat verdirbt in der Erde, grau, farblos, Lebes blühende Metallteilchen wird stumpf gemacht. Sten und Schöne bleiben zu Hause. Der Offizier soll sich für den Gegner möglichst wenig vom Gedanken unterscheiden. Deutsche Offiziere gehen zu Kriegsanfang ein besonderes Ziel, mit dem Ziel, dem Gegner gegen die Anstöße der Mannschaften zu setzen. Auf die Leute mit dünnen Beinen müssen sie schließen, wurde als Parole beim Gegner ausgesprochen. Dann kam die Wafelgarnische und fast alle deutschen Soldaten hatten dünne Beine.

Die französischen Infanterieoffiziere bekommen jetzt wieder rote Beine. Der Ciaz des französischen Militär-Amtsblatts berichtet nicht nur in Frankreich feurige Begrüßung. Endlich ein Zeichen, daß auch die hohe Generäle den Krieg verurteilt. Französische Offiziere und Offiziere tragen wieder ihre roten Beine mit besten Resultaten. Der Mannschaften wieder lebensfähiges Publikum. Zunächst sind die Offiziere, aber je mehr die Veresellschaft dem Frieden traut, um so schneller werden auch die Mannschaften umformen wieder dünn und prächtig. In ihren Beinen soll ihr zu erkennen!

Endlich wieder können wir die schönen Silberbeine vom Boden holen und uns an alten Gewöhnen erheben. Preußischer Epithel gegen Rothbein. Man hat früher nicht grade viel von den Franzosen gewußt, aber das eine wußte doch jedes

# Justiz bleibt ohne Fesseln

Minister Schmidt vor dem preußischen Landtag

Im preußischen Landtag hielt am Mittwoch Justizminister Dr. Schmidt eine großangelegte Rede zu seinem Eintr. Er unterließ keine Feststellungen aus dem Hauptauslaß über die Lage der Rechtswesen und Wessenen. Von der Annahme des Antrages des Hauptauslaßes, die Wessenen für Richter vom 68. auf das 68. Lebensjahr heraufzusetzen, mußte er angesichts der schiefen Ausfüllung für den Rechtsdienst abtraten.

Die Frage der ständischen Zusammenlegung der Berliner Landgerichte würde weiter bestehen. Schon vor der ständischen Zusammenlegung sei man mit dem Plan beschäftigt, organisatorisch für das Stadtgericht Berlin ein einheitliches Landgericht und ein einheitliches Amtsgericht und entsprechend auch eine einheitliche Staatsanwaltschaft zu schaffen. Kammergerichtspräsident und Generalstaatsanwalt beim Kammergericht seien beantragt worden und jetzt damit beschäftigt. Diesen Plan nimmst du in den Einzelheiten an. Die Fortsetzung der Strafsache könne nicht an der Tatsache nachgelassen, daß die Strafvollstreckung neuerdings auch an Strafen der Rechtsparteien weit beachtet werde. Der Minister habe demgegenüber im Hauptauslaß darauf hingewiesen, daß der meiste Teil der Tätigkeit unserer Obergerichte sich in der Regel rechtsunabhängiger, klarer Objektivität vollzieht, und die Ausführungen aus dem Kreise der Anwaltschaften hätten dies als richtig festgestellt. Die Fortsetzung der Strafsache könne nicht an der Tatsache nachgelassen, daß die Strafvollstreckung neuerdings auch an Strafen der Rechtsparteien weit beachtet werde. Der Minister habe demgegenüber im Hauptauslaß darauf hingewiesen, daß der meiste Teil der Tätigkeit unserer Obergerichte sich in der Regel rechtsunabhängiger, klarer Objektivität vollzieht, und die Ausführungen aus dem Kreise der Anwaltschaften hätten dies als richtig festgestellt. Die Fortsetzung der Strafsache könne nicht an der Tatsache nachgelassen, daß die Strafvollstreckung neuerdings auch an Strafen der Rechtsparteien weit beachtet werde. Der Minister habe demgegenüber im Hauptauslaß darauf hingewiesen, daß der meiste Teil der Tätigkeit unserer Obergerichte sich in der Regel rechtsunabhängiger, klarer Objektivität vollzieht, und die Ausführungen aus dem Kreise der Anwaltschaften hätten dies als richtig festgestellt.

Das Bestehen von der Notwendigkeit der unabhöngigen Leitung von der Unabhängigkeit der Gerichte besteht bei der Aufrechterhaltung nach so unerschütterlich, und die Aufstellung ist unter den Mitgliedern des Hauptauslaßes auf allen Seiten vollst. Die Aufrechterhaltung habe auch niemals in irgendeiner unzulässigen Weise Einfluß auf das Bestehen eines Richterpostens zu nehmen vermag. Sie habe sich vielmehr immer darauf beschränkt, soweit es überhaupt notwendig war, die sich verändernde Lage zur Berichtigung fehlender Fragen der Staatsanwaltschaften; dazu zu benutzen, um durch geeignete Anträge bei Vorbereitung der Hauptverhandlung und in dieser selbst sowie durch Begründung und Durchführung von Rechtsmitteln die Voraussetzungen für einen guten und gerechten Richterposten zu schaffen. Sie habe andererseits in vollem Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen das Recht für sich im Antrags genommen, gelegentlich an öffentlichen Stellen in Berlin im Schrift „Oeffentliche Justiz“ anlangt. Er habe der Minister im Hauptauslaß bezogen, daß die tatsächlichen Verhältnisse, auf die der Verfasser des Buches seine Vorwürfe gründete, durchaus unrichtig, unvollständig oder unrichtig wiedergegeben und zu einer durchaus einseitigen, irreführenden Darstellung benutzt worden seien. Einmalig seien die Mitglieder des Hauptauslaßes vor der Tendenzhaftigkeit der Herrn Wessenen genannt gewesen mit aller Entschiedenheit abgelehnt und hätten je nach Verleser eine Abgabe erteilt, wie sie bestmögliche, wohlhabend und wohlgeartet ihm nicht hätte zuzulassen werden können.

Rind, Franzosen tragen rote Hosen. Endlich wird Wissen weiter verbreitet.

Warum auch keine roten Hosen! Auch diese Farbe schickt sich die Landesherr, und ein paar hundert Meter genügen, um das Rot der Hosen farblos auszuwaschen. Und ist es gut, nicht ein in der Erde, wenn man Freund und Feind zu unterscheiden weiß. Den einen soll man löten und den anderen lieben. Der einfache Mann will doch wissen, wer nun welcher ist. Auch die Antikritik sollte es wissen, wie es aber nicht immer.

Wir gännen den Franzosen ihre bunten Hosen. Wir können ihnen neue Capuletten und goldene Schnüre. Sie v. d. Mörser Mars wird, daß jeder seiner ist der Krieg.

## Das neue Waffengesetz

Reichsminister Dr. Wessien hat den neuen Entwurf eines Gesetzes gegen Waffenbesitz nach Zustimmung des Reichstages dem Reichstag zur Beschlußfassung zugehen lassen.

Das Gesetz betrifft das Führen von Gewehr, Stof oder Stöckwaffen außerhalb der Wohnung mit Gefährdung bis zu 1 Jahr und Geldstrafe. Ferner wird mit Gefährdung nicht unter 3 Monaten bestraft, wer „gemeinlich mit anderen zu politischen Zwecken an öffentlichen Orten erscheint und dabei bewaffnet ist.“

Das Gesetz gibt im wesentlichen die Bestimmungen wieder, die im Entwurf des Reichspräsidenten über Waffenbesitz enthalten sind.

## Sofort verfaßt

FRANKFURT A. M. 25. FEBRUAR

Der Frankfurter Schiedsgericht hat gegen zwei Nationalsozialisten wegen Wessenenstrafe die hohen Strafen von fünf und vier Monaten Gefängnis ausgesprochen und die sofortige Verbuchung der Ururteile angeordnet. Es handelt sich um zwei Leute, die am Montagabend an einer Kundgebung teilgenommen hatten und bei der Verleserisation im Besitz von Schießwaffen, Gummikugeln und Stöckwaffen betroffen wurden.

Die Mitglieder des Hauptauslaßes, unter ihnen der nicht mehr dem hohen Paule angehörige Senatpräsident Dr. Deering, legen sämtlich ausgesprochene Gedanken; sie hätten die preußische Justiz der letzten Jahre genauestens verfolgt und fast alle an den Verhandlungen im Landtag und seinen Ausschüssen teilgenommen, als die jetzt wieder aufgerufen, aber längst überlegenen Behauptungen Oegenhand parlamentarischer Erklärung waren. Sie alle hätten, ohne den leichten Widerspruch zu finden, in ihrem verächtlichen Urteil über die Schrift und ihren Verleser übereinstimmend und bestätigt, daß die „Oeffentliche Justiz“ wegen ihrer bewußten Entstellungen und Unvollständigkeit selbst bei Wessenen altentworfener Verfahren keinerlei Bedeutung verdienen und jurisdiktionen werden müßte.

Wie die Beratungen im Hauptauslaß aus neue gestellt hätte, besteht unter einer großen Zahl von Mitgliedern aller Parteien des Hauses eine Art übereinstimmender Bestimmung. Die sich besonders auch im Hauptauslaß kundgab und von höherer Werte aus, trotz aller politischen Über, aber einzig in dem Streben nach lohnlicher praktischer Arbeit sich mit den Fragen der Justiz auseinandersetze, die noch immer und grade in Zeiten politischer Erregung um so mehr unser wertvollstes Kulturgut bedeute. Der Minister habe bei der Formulierung nicht, daß diese Oemeinschaft aus herrenhaft Gebild haben müßte, daß die Fragen und Ziele der Justiz, die in der heutigen Zeit selber recht lebendig geworden seien, auch künftig bei allen Parteien des Hauses lebendige Fortbestand und nachvollziehende Berücksichtigung finden würden.

Eine sozialdemokratische Interpellation über die Beschäftigung gegenüber den Aufstellungen der Nationalsozialisten gegen Abgeordnete beantwortete ein Regierungsgesetzgeber, daß nach Allgemeine Verfügung vom 6. Juni 1900 und durch eine Handverfügung vom 24. Januar 1901 die Staatsanwaltschaften darauf hingewiesen worden sind, daß Richter angestellt die politisch einseitige Beschäftigung in dem Bezirk des Oberlandesgerichts Raumburg a. d. Saale beantwortete der Regierungsgesetzgeber, daß die Beschäftigung einzelner Oerichte des Oberlandesgerichtsbezirks Raumburg seit geraumer Zeit Oegenhand befonderer Aufmerksamkeit der Justizaufsichtszentrale ist.

Der Minister werde in einer großen Anzahl meist politischer Sitzungen durch die Staatsanwaltschaften des Bezirks fortlaufend unterrichtet. Der Minister habe auch Gelegenheit genommen, im Rahmen der durch die Beschäftigung gegebenen Oerlegen eine eingehende Untersuchung mit dem Obergerichtspräsidenten zu halten. Hierbei habe sich ergeben, daß sein Anstoß besteht, aus vereinzelten Urteilen etwa auf eine staatsfeindliche Einstellung „Oeffentliche Justiz“ anzudeuten. In Oeberlandesgerichtsbezirk Raumburg a. d. Saale zu schließen.

Endlich wurde eine große Anfrage der Deutschnationalen über den Abgeordneten Morobroge's Oerdrer in Verbindung mit der Affäre Saas und Stellung von der Regierung bald beantwortet, daß für die Aufrechterhaltung kein Anstoß vorliege, die Frage der Schuld oder Mithildd anderer als des Mörders Oerdrer weiter zu klären.

Vor der Beratung des Justizgesetzes war Abg. von Geyern (D. B.) zum dritten Abgeordneten gewählt worden.

## Friedrich Gaus

Der Leiter der Rechtsabteilung im Kaiserlichen Amt, Friedrich Gaus, wird am heutigen Tage fünfzig Jahre alt. Seit fast zwanzig Jahren leitet er das Referat, in dem sämtliche Noten und Berichte entworfen werden. — In der letzten Oeffentlichkeit wurde sein Name bekannt in der Meta Oerelementen, dessen bedeutendster Mitarbeiter er gewesen ist. Gaus hat bei den juristischen Beratungen zum Oeueren-Bericht eine wertvolle Rolle gespielt. Regelmäßig er bei den Oeueren Verhandlungen vertreten, bei denen das internationale Jurisprudenz oft genug eine entscheidende Bedeutung gehabt hat.

Gaus, der im letzten ein Raufstrome des berühmten Mathematikers ist, hat vor kurzem die Raufstrome-Medaille erhalten, und zwar, wie es in der Begründung heißt, als Vorbild deutschen Beamtenstums, das sich ebenfalls durch seine Hingabe an den Staat und tiefsten beruflichen Eifer, wie durch seine großartigsten Regelmäßigkeit und seine philosophische Bildung auszeichnet.

Er gehört zu dem markantesten Hofen des deutschen Kaiserlichen Amtes, dem noch eine lange Tätigkeit zum Nutzen des Staates münden darf.

## Stettin verlangt Osthilfe

Nachdem entgegen den Erwartungen der Regierungsgesetz Stettin als einziger Pommerne im Entwurf des Osthillegesetzes unberücksichtigt bleibt, hat die Stettiner Pommerne einen Antrag an Reich und Einzelstaaten, man möge nicht das untere Obergericht und den Sechsten Stettin erfassen, während das obere Oeberland Schließen durch Osthillegesetzmaßnahmen geklärt werde, dem so werde die front durchzuführen.





**Wahrung.** Die Opfermütigkeit der Knaben und der Eltern bringt es zustande, daß täglich ca. 200 Prüflingskinder gefürchtet werden können. Diese schone Idee wird wohl von der Auguste-Vittoria-Schule aufgeniffen, die sich eine Mädchenschule in Wobbit als Betriebszweck aussucht. Hier kann es das Bestreben sogar ermöglichen, jeden Jungen einen grade auf Tour befindlichen Jungen vorzuziehen, um das Brot holen zu lassen. Die britische Schule, die sich dieser Bewegung anschließt, ist die Mädchen-Schule im Ormeau, die sich gleichfalls eine sehr bedürftige Schule im Osten aussucht, um sie zu versorgen. — Es ist zu wünschen, daß noch recht giebliche Schulen sich dieser Gemeinnützigkeit anschließen!

## Die Aufklärung der Röntgenaler Bluttat

### Die Haupttäter flüchtig

Unter dem Verdacht, daß am 17. Februar in Röntgenal gefundene Bluttat verübt zu haben, wurden gefahren, wie berichtet, von Kriminalkommissar Dr. Weidlich zwei jugendliche Mitalglieder des kommunistischen „Kampfbundes gegen den Faschismus“ verhaftet. Es handelt sich um den 17 Jahre alten Alfred Schulz und den 19jährigen Wally Metlich, die beide in Röntgenal wohnen und ehemalige Führerrollen spielten. Die Festgenommenen haben bereits ausgesagt, an dem Überfall beteiligt gewesen zu sein, haben jedoch, wie festgestellt werden konnte, dabei nur „Schmerze“ gefunden. Sie eigentliche Schützen konnten die beiden Verdächtigten in Frage, die, wie wir ebenfalls mitteilen, seit Mitte voriger Woche flüchtig sind. Es sind der 18 Jahre alte Rudolf Schumann aus der Brunnenstraße in Berlin und sein Bruder, der 17jährige Kurt Schumann aus Berlin, Schwimmler Straße.

Schumanns Eltern besitzen in Röntgenal ein Grundstück, so daß der Sohn, der dort oft weilte, in Röntgenal genau Verfolgung machte. Schumann war am Tage vor der Tat von einem Sozial am Monatslohn aus gemeinsam mit seinem Freunde nach Röntgenal gefahren und hatte vorher zu betonen geduldet: „Wir gehen jetzt aufzukäufen.“ Am Tage nach dem Überfall wies er auf einen Zeitungsausschnitt, der den Mord behandelte, und sagte: „Das haben wir gemacht, mein Freund Hubert und ich.“ Es ist auch festgestellt worden, daß Hubert eine Parabelum-Waffe bei sich führte.

Die Polizei hat zur Ergreifung der flüchtigen umfangreiche Fahndungsmaßnahmen getroffen. Sie hat auch schon Surenge gefunden, die nach Hamburg und Göttingen führen, doch ist es auch möglich, daß sich einer der beiden Geflüchteten noch in Berlin aufhält.

**Attentat auf einen Polizeibeamten.** In der Nacht zum Sonntag war auf den Polizeibeamten Vajura in Berlin ein Attentat durch Wafenge mehrere Schüsse verübt worden. Infolge Selbsttötung des Täters bei der Polizei in Wachen konnte jetzt Licht in diese Angelegenheit gebracht werden. Es handelt sich bei dem Schützen um einen Arbeiter Kluge, der den Polizeibeamten heftig, weil dieser in einem Streik gegen seinen Bruder, der damals zum Buchhause verurteilt wurde, als Feinde aufgetreten ist. Kluge hat von einem Arabarier drei Schüsse auf den Beamten abgegeben, von denen zwei die Wunde durchschlugen. Kluge wird sich wegen Mordversuchs zu verantworten haben.

**Gedenkfeste für Tepper-Laski.** Für Kurt von Tepper-Laski veranstaltet die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ am kommenden Sonntag, den 1. März, im ehemaligen Preußenhaus (Museum), Ostpreiser Straße 8, vormittags 11.30 Uhr, eine Gedenkfeste, die von h. e. Georg Graf Aro und Otto Seemann-Außigstein, beiden des Vereins und Redneren geben. Tilla Durieux wird Worte von seine treue, das Bräutigam-Duettel die Frier mäßiglich umsetzen. Derzeit sind vorzeitig in der Gesellschaft der „Deutschen Liga für Menschenrechte“, Monatsplan 10, Eingang 1/III zu haben.

**„Silberkondor“ über Fenerland.** In der Erprobung überweitere finden am Donnerstag und Sonnabend um 8 Uhr und am Sonntag um 4, 6 und 8 Uhr Flugleistungen des Dampfer-Richtungsfluges „Silberkondor“ über Fenerland“ hat.

# MELDUNGEN VON ÜBERALL

## Das Urteil im Schwedenzug-Prozess

### Sieben Jahre Zuchthaus für den Attentäter

PRENZLAU, 25. FEBRUAR

Im Prozess gegen den 20jährigen Arbeiter Ernst Bohning aus Berlin, der am 26. November 1930 verhaftet hat, den D-3 Zug Berlin—Schweden zum Entgleiten zu bringen, wurde heute nach dem Urteil verurteilt. Der Angeklagte wurde wegen vorläufiger Exzessparteilichheit in Zuchthaus mit verurteilt. Bohning zu einer Zuchthausstrafe von sieben Jahren verurteilt, auf die ihm die Unterlassungshaft in Höhe von zwei Monaten drei Wochen angerechnet wurde. Außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt.

## Nationalsozialisten unerwünscht!

### STOCKHOLM, 25. FEBRUAR

Die von der schwedischen Nationalsozialistischen Partei geplanten Massenveranstaltungen in Stockholm unter Teilnahme von Hitler und Dr. Goebbels dürfen nicht stattfinden. Der Parteipräsident von Stockholm hat nämlich als Antwort auf ein Schreiben des Reichsparteiführers der Nationalsozialisten mitgeteilt, daß die Partei nicht mit einer Genehmigung eines Teilnehmers über die Teilnahme ausländischer Führer rechnen kann. In Kopenhagen hat man vor einiger Zeit Herrn Dr. Goebbels ebenfalls die Eingetragene Genehmigung verweigert.

NÜRNBERG, 25. FEBRUAR

Der Stadtrat Nürnberg hat vor etwa Jahresfrist ein Gesetz der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, ihr für die Abhaltung eines Reichsparteitag in Nürnberg im Sommer 1930 städtische Schulräume zu Untertanzsaal und die städtische Festhalle für Versammlungen zu überlassen, abgelehnt. Als Begründung dienten die schweren Orgel, die bei im August 1929 in Nürnberg abgehaltene nationalsozialistische Parteitag mit sich brachte. Gekannt nachmittags lag der Vollversammlung des Stadtrats Nürnberg in geteilter Sitzung ein erneuter Antrag der Nationalsozialistischen Partei vor, ihr im Sommer dieses Jahres zur Ermöglichung der Durchführung ihres wiederum für Nürnberg geplanten Reichsparteitages städtische Räume zu überlassen. Auch dieses Gesetz wurde durch Mehrheitsbeschluss abgelehnt.

## Landrat Vogls Beschwerde verworfen

### LIEBENVERDA, 25. FEBRUAR

Die Berufung des Landrats Vogl gegen seine Dienstentlassung ist jetzt vom preußischen Staatsmini-

sterium unter begrenzter Benennungsmöglichkeit verworfen worden. Damit kommt ein Verfahren zum Abschluß, das sich über fünf Jahre hingezogen hat. Landrat Vogl und der Direktor der Kreisjustizstelle Liebenwerda, Meeres, hatten umfangreiche Geld- und Sachbeschwerden vorgebracht, die in ihrer Auswertung den Kreis Liebenwerda erheblich lädierten.

## Dr. Wolf haftentlassen

STUTTGART. Nach einer Verpachtung müssen der Staatsanwaltshaft und dem Untersuchungsrichter wurde Dr. Friedrich Wolf gegen eine Kaution von 25 000 Mark auf freien Fuß gesetzt. Ob ein ähnlicher Beschluß für die mitverurteilte Kerstin Frau Dr. Kienle zu erwarten steht, ist noch nicht bekannt worden.

## Giftige Dfendämpfe

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

AUGSBURG, 25. FEBRUAR

In einer Verammlung in dem schwäbischen Städtchen Osttingen entwickelte ein Gas-Explosion eine so große Hitze, daß ein Verammlungsteilnehmer den Gefäßkörper abstellte. Daraufhin breiteten sich in dem Lokal giftige Dämpfe aus. 25 Personen wurden durch das Gas vergiftet und mußten bewußtlos aus der Verammlung getragen werden. Mehrere der Vergifteten liegen schwerkrank im Krankenhaus. Die Untersuchung dürfte fest, daß noch länger Zeit die über 200 Teilnehmer tödlich vergiftet worden wären.

## Vier Arbeiter getötet

BRESLAU. In einem Kalkofenbruch bei Groß-Stroß in Oberschlesien lösten sich infolge der anzuwachsenden Arbeiterzahl der letzten Wochen und vier Arbeiter, die sämtlich verheiratet wurden und nur noch tot geborgen werden konnten.

## Urteil gegen Lady Owen

PARIS. In Senatsprozess gegen Lady Owen, die die Gattin ihres Stiefsohns niederschossen hatte, wurde das Urteil gefällt. Die Angeklagte, der die Geschworenen mildere Umstände abgebilligt hatten, wurde zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.

## Berliner Diplomaten

Die Festschändelnde war bekräftigt mit wartenden Aufmarsch der Gelände von Gland und Frau Werning hatten zu einem großen Zug eingeladen. So ziemlich alle Reichsleiter und Gelände, die in Berlin akkreditiert sind, waren da. Auch Wolff, Materel und Hirscher waren reich vertreten. Am Tage darauf, am Dienstag, hörte sich zum dreizehnten Male der Tag der Befreiung Glands. Wie alljährlich, verarmte sich das Geländepersonal mit seinen Damen und die gesamte ständliche Kolonie in der Gelandehoteltasche zum Zug.

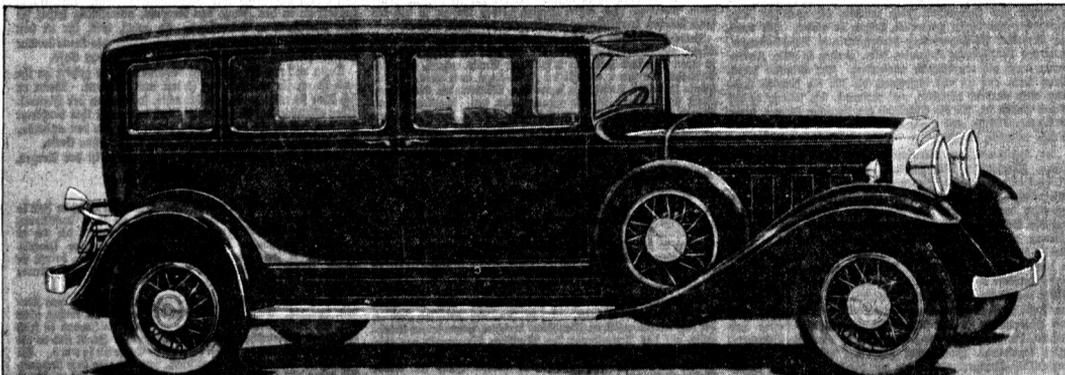
Der Abend brachte die Feier der ganzen Kolonie, an der wiederum der Gelände und seine Gattin teilnahmen, im „Häselgold“.

Zur Zeit weiß die frühere Festschändelnde von Nikanten mit ihrer Tochter Prinzessin Marie Eleonore in Berlin. Ihnen zu Ehren luden der zumindigste Gelände und Frau Tasso — mit der die Gattin verarmt sind — am Montag zu einem Supper. Auch die Reichsleiter von Frankfurt und Göttingen, der Gelände von Belgien und Frau Coetz, der Gelände von Delfersich und Frau Franz, General Freiherr v. Hammerstein, Staatssekretär Dr.

Reismann, Geheimrat Raft, Geheimrat Combar, General Gutmann, mit ihren Gattinnen gehörten zu der Tafelrunde. Ein fremder Gast, die Schwägerin des französischen Reichsgesandten, Comte de St. Pierre de Maupeou, der frühere Reichsambassadeur Dr. Schacht, Legationsrat Minister Sturellin und verschiedene Mitglieder der Gelandehoteltasche sowie der Chef des Protokolls im Auswärtigen Amt veranlässigten den Kreis. h. fr.

**Feuer am Bahnhof Tiegarten.** In einem Werkstätten der Tiegartenverwaltung am Bahnhof Tiegarten, in unmittelbarer Stadthofstraße der Staatlichen Porzellanmanufaktur, brach gestern Abend Feuer aus. Die Feuerwehre hatte annähernd zwei Stunden mit der Bekämpfung des Brandes zu tun.

**Modeschau Wallner.** Ein Komitee von Damen der Berliner Gesellschaft veranstaltete im Salon Maria Wallner, Postamer Straße, zum Nutzen von Freilichtungen eine Modeschau. Ringende Bemittlungsarbeiten wurden gezeigt, die Höhe erstaunlich wurde, die Damen teilten über den Mod, getragen, oft in der Farbe



Die neuen Graham's vereinigen mit der luxuriösen Ausstattung ihrer geräumigern, formvollendeten Karosserien das seit vier Jahren bewährte und vervollkommnete Schnellganggetriebe, dessen Einführung das Verdienst der Graham's ist. Die Maschinenanlage ist mit dem Schnellganggetriebe auf Erreichung höchster Leistung abgestimmt. Die 1931 er Graham's bilden einen neuen Standard für Geländegabe, Geräuschlosigkeit, Behendigkeit und technisch erprobte Zuverlässigkeit



# GRAHAM

6-Zylinder 12/65 PS Standard-6, 12/65 PS Spezial-6  
8-Zylinder 15/85 PS Spezial-8, 20/100 PS Custom-8

Internationale Automobil-Ausstellung Berlin, Halle 1, Stand 48

Wertheim-Automobil-Ges., Berlin W 9, Friedrich-Ebert-Str. 2a 14





Drehreife Manuskript

Von MICHAEL GESELL

Dies ist eine Reportage. Aus der Wirklichkeit. Aus der Wirklichkeit, die Film heißt.

In die DIRECTION des Kanag-Films Berlin
In der Anlage gefalle ich mir, Ihnen das Manuskript meines Films „Zinnob“ einzulegen. Auf den ersten Seiten finden Sie eine Inhaltsangabe. Das Manuskript ist dreifach.

In Erwartung Ihrer Antwort bin ich sehr ergeben
Anton Hammer. Görlich

Gern Anton Hammer Görlich
Sehr geehrter Herr, auf Ihre Zustellung vom 5. Juli vorigen Jahres freue mich sehr. Ihnen mitteilen zu können, daß wir an Ihrem Manuskript „Zinnob“ Interesse genommen haben. Zwar ist dasselbe keineswegs dreifach, aber wollen wir versuchen, es in Angriff zu nehmen. Wir eröffnen Ihre Zustimmung, daß unsere dramaturgische Abteilung die Bearbeitung übernimmt. Kanag-Film.

In die DIRECTION des Kanag-Films Berlin
Auf Ihr Schreiben vom 28. Oktober teile ich Ihnen mit, daß ich mit einer Bearbeitung meines Manuskripts „Zinnob“ durch Ihre dramaturgische Abteilung gern einverstanden bin. Ich erbitte Ihren Honorarvorschlag. Hochachtungsvoll
Anton Hammer.

Gern Anton Hammer Görlich
Sehr geehrter Herr, auf Ihr Einverständnis vom 29. Oktober (Schlagen wir Ihnen ein Honorar von 3000 Mark vor. Kanag-Film.

In die DIRECTION des Kanag-Films Berlin
Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 19. Januar und erkläre mich mit dem Honorar von 3000 Mark einverstanden. Hochachtungsvoll
Anton Hammer.

Gern Anton Hammer Görlich
Sehr geehrter Herr, wir teilen Ihnen mit, daß die Uraufführung des Films „Die Schuld des Anwalts Angoff“ am 23. September in den Vendur-Schiffspielen stattfinden, und würden wir uns freuen, Sie bei derselben persönlich begrüßen zu können. Kanag-Film.

In die DIRECTION des Kanag-Films Berlin
Ihr Schreiben vom 17. September ist mir unterdessen, über handelt es sich etwa um den Film „Zinnob“, den ich Ihnen vor zwei Jahren einleitete? Für eine kurze Klärung wäre Ihnen dankbar
Anton Hammer.

Gern Anton Hammer Görlich
Sehr geehrter Herr, durch ein Versehen anderes Büro ist Ihnen leider fehlerhaft nicht mitgeteilt worden, daß wir den Film „Zinnob“ in besagter Abänderung vorleben in der Hoffnung, Sie doch noch persönlich bei der Premiere zu sehen. Kanag-Film.

In die DIRECTION des Kanag-Films Berlin
Ich danke Ihnen für Ihre aufklärenden Zeilen. Da der Film bereits unter dem Titel „Die Schuld des Anwalts Angoff“ angelegt ist, erkläre ich mich mit deren Abänderung einverstanden, obwohl ich mir nicht recht vorstellen kann, inwiefern dieser Film meinen Film „Zinnob“ beuten soll. Zur Premiere kann ich leider nicht kommen, da mich eine schwere Nervenentzündung aus dem Lande treibt. Geben!
Anton Hammer.

Anton Hammer Görlich
Schuld des Anwalts Angoff großer Erfolg sehr gratulieren
Kanag-Film.

In die DIRECTION des Kanag-Films Berlin
Gestern Abend war hier in Görlich die Premiere der „Schuld des Anwalts Angoff“. Ich stelle mit Bedauern fest, daß von meinem Manuskript leider fast nichts überliefert geblieben, vor allem das Hauptproblem gänzlich daraus entfernt worden ist. Dies Problem liegt mir sehr am Herzen. Ich würde es nunmehr gern in Form eines Romans behandeln. Ordnungsgemäß erbitte ich dazu Ihre Zustimmung. Geben!
Anton Hammer.

Gern Anton Hammer Görlich
Sehr geehrter Herr, mit einigem Befremden entnehme ich Ihrem Schreiben vom 29. Dezember, daß Sie die Absicht haben, das Problem Ihres Films „Zinnob“ in Romanform abzuhandeln. Wir wollen unser Befremden allerdings gern beistellen, wenn Sie sich verpflichten, uns das Manuskript des Romans zu Verfügungsweden zuzeit anzubieten. Kanag-Film.

Ferdinand, der Coburger

Zum 70. Geburtstag des bulgarischen Zaren / Von RODA RODA

In den hundert Jahren vor dem großen Krieg hat sich acht, oder neunmal ein Fall ereignet, der sich in der Geschichte schwerlich je wiederholen wird: daß ein europäisches Volk einen Fürsten erwarbe aus fremdem Stamm. Von ihnen allen, den Dynastiegründern, Seiden und Zoten, die interethnische und — der politischen Bedeutung wie dem Charakter nach — weltaus schätzliche Persönlichkeit: der frühere bulgarische König Ferdinand.

Über die von dem bulgarischen König Ferdinand betragten Fall, sind kleine Einzeltage, hinsichtlich auf Grund persönlicher Einblicke ... oder Berichte von Augenzeugen.

Prinz Ferdinand von Coburg war mit achtzehn ungarischer Jünglingsleistung. General Gedeon in Opulenz, der berühmte Heteroführer, kam, das Regiment befehligend. Auf der Offiziersgesellschaft sprach er vornehmlich die Worte: „Königliche Ehre! Ich, Jude Se sich 4 Thron! Zum Fürsten taugte Se nicht.“

Für Ferdinand gehörte schon als Schüler des Wiener Theresianums, mit 11 bis 12 Jahren, der Deutschen orthodoxen Gesellschaft an. Mit 17 unternahm er in Gesellschaft seines älteren Bruders eine Reise nach Brasilien und trieb auch mit Passion Naturkunde, besonders Botanik. Ergebnis: „Linaera principum S. Coburgii“ in zwei Bänden, herausgegeben von Friedrich. In Sofia legte der König einen großen Zoologischen Garten an.

Geschmat Dr. med. Direktor des Zoologischen Gartens in Berlin, ergrüßte mir einmal, wie der Zar zu Besuch in die Vogelabteilung kam. Der Chef der Abteilung, ein junger Gelehrter, hatte förmliche Befehle genug empfangen — er gedachte auch diesmal mit einigen verbindlichen Redensarten und kurzen Erläuterungen davonzukommen. Zu seinem Erstaunen mußte er merken, daß König Ferdinand von der Sache ebenbürtig und mehr verstand als der Gelehrte.

Von Kameraden, die einmütig mit dem Coburger bei den Huren gelanden, hörte ich, er habe schon damals Obstleiste gemammelt und immer eine Handvoll davon bei sich lohe in der Tasche getragen. Die Vorleiste für Obstleiste hat er, glaube ich, noch heute; ich sah gelegentlich an seinen Händen — überaus wohlgeputzten Händen — zahlreiche Ringe mit Brillanten und Rubinen.

„Von allen meinen Kollegen“, sagte der König einmal, „ist der Kaiser der intelligenteste. Sein Hauptfach sind Münzen; er hat eine herrliche Sammlung davon, betreut sie

ganz eifrig, und seine Bücher über Numismatik sind wunderbar alle und feine Arbeit.“

Anfang 1916 besuchte König Ferdinand Pflöz und Tschon. In Tschon fragte er nach mit Robo Robo. Ich war in Wolhynien. Er sofort kam mich dort zurück und schickte mich nach Sofia. Der König war abwesend. Eines Morgens aber wurde ich von einem Gardepoliten aus dem Hotelbett aufgestört.

Das Palais in Sofia, seit 1886, läßt sich mit einer weitläufigen Tiergartenanlage vergleichen, auch im Innern.

König Ferdinands Neulebens ist sehr gepflegt. Er sieht frisch und rot aus, der Teint rein wie bei einem Amerikaner. Schöner und feiner als bei einem Deutschen. Augenbrauen fallt keine. Im Gespräch fließt er die Augen gutaussehend, das gibt ihm einen überaus schönen Ausdruck.

Schon nach einigen Worten der Begrüßung wies er auf das Ostbild, Porträt, Aristokrat, eines Soldaten in Mantel und Besärgel, der den Säbel in beiden Händen waagrecht vor sich trägt. „Mein Vorgänger Alexander — das einzige Weibchen, das mir Königin Maria gemacht hat. Der Rahmen ist hübsch! — Thomas Thodor keine würde ihn zornig gereizigen. Altanber ist hier als Träger von Ehrentiteln bezeichnet, braungebrannt von der Sonne; sieht hübsch aus und mit feinem gestülpten Solbrat recht energisch. In Wahrheit war er für den Baltan viel zu melodisch.“ („Melodisch“ bedeutet: weidhezig.) Der König liebt Worte aus fremden Sprachen ins Griechisch zu kreuzen — französisch, englisch, russisch, dachsteinisch — meistens aber slavisch, serbisch, bulgarisch und türkisch.

Nach England ist der König zur Stunde — im Krieg — nicht gut zu sprechen. — Aber ein Tag läßt sich plötzlich König Vogel bei mir melden (der englische außerordentliche Botschafter) und sagt mir glücklicherweise: er ist in den Karpaten gewesen, auf russischer Seite, und hat gesehen, die österreichische Armee sei vernichtet, es gebe kein Österreich mehr — die Stufen würden in einigen Tagen in Budapest und Wien stehen. Das sagt er mir laut, grollend mit, daß ich ein bißchen Better des Kaisers von Österreich bin.

Bisher Samwallische rabel er von österreichischen Kronfolger (nachmaligen Kaisers Karl. „Der Kronprinz (Boris) ist jetzt befreundet mit dem kaiserlichen Minister.“ Dann von Erzherzog Joseph: „Er ist wahrhaft tapfer, ein echter Coburger — hat ganz das Talent und die Art seiner Vorfahren.“ (Der Prinzessin Clementine — König Ferdinands Mutter.)

Er sei, fast der König, sein eigener Biograph, schreibe oft Zeilen nieder; brauche Dienstgehilfenen nötiger als andere und habe, weiß Gott, viel bittere Erfahrungen mit Menschen gemacht. ... Seinen Generalfeldmarschall Joseph habe er selbst angestrichelt, gegen lauten Widerspruch der Umgebung.

Frankfurt feiert Frau Aja

Bericht der Vossischen Zeitung FRANKFURT, IM FEBRUAR

Goethes Mutter wurde, als sie im Haus „Zum Galbener Brunnen“ am Hofmarkt in Frankfurt a. M. die Augen geschlossen hatte, auf dem Peterstischhof an der Seite der Treppe, die dort ihre Ruhestätte hat, beigesetzt. Der als Friedhof längst nicht mehr. Ein paar Grabsteine nur erinnern noch an ihn. Einer von ihnen, um den man seit wenig Jahren einen kleinen Rundtempel errichtet hat, trägt den Namen der Katharine Elisabeth Treppe. Sie stand eine kleine Gemeinde, um vor der Frau hat, der Frau Aja, an ihrem 70. Geburtstag (sic) in Gießhain und hielten Obachten zu zeigen.

Es ist nicht nötig, dem Namen, der in diesen Tagen so oft in Frankfurt genannt wird, erst künstlich lebendigen Inhalt zu geben. Sehr Zeiten aus Frau Ajas Briefen, ein paar markante Sätze und Worte — und sie liegt mit ihrem Haar und roten Zähnen vor uns. Ein solches Gedächtnisfest konnte man Freude haben. Sie waren im besten Sinne des Wortes volkstümlich; die Kinder und die Frauen und die Mäße trugen sie. Am Grab stand frankfurter Oberbürgermeister warme, gute Worte.

Alfons Paquet, der uns zu diesem Tage des Gedächtnisses ein ausführliches Lebensbild der Frau aus dem Haus am Hofmarkt gesendet hat, war geborenen des freien Deutschen Hochschiffs vor einer ehrsüchtigen, ergriffenen Götter-Gemeinde. Lebendig wurde die „Sentimentale“ Zeit der Werther-Gedichte am Abend, als im Schauspielhaus des jungen Goethe „Die Aja“ über die Treppe ging. Der Eindruck der sonstigen Zuschauer war darum tief und lebendig, weil der Intendant Krausscher die Dichtung ohne Künstler selber predigen ließ und ihr die Richter gab, deren sie bedarf. Freilich wohl für eine Bühne, wenn sie für eine lebendige Wiederholung des Goethischen Szenenwerks neben dem nachschaffenden Intendanten über zwei Darsteller von lauter eindringlicher Kraft verfließt, wie über Hans Jungbauer (Lautog) und Ritt Stengel (Marie) neben dem Finken, überlegen, feierlich und klar gelauteten Intendanten Grotz, Grotz. Ein zweiter Theatervortrag brachte den Urauf einer der besten Vorstellungen des Frankfurter Schauspielers. Ernst fand das Stück und der Gedanke, von Ritter gespielt, im Rahmen. Frankfurt hat ein hohes Recht darauf, sich mit Grotz Biederfeld der Mutter und des Sohnes zu nennen. Es war, wie man weiß, daß dieser Grotz hinter Donatelli und Grotz zurücktritt. E. K.

Man weiß, daß König Ferdinand eine Zeitlang lebensfähig gern Lokomotiven führte, am häufigsten jene des Ostpreußen. In Bayern ist ein Lokomotivführer gemeldet worden, der den Posten auf der Maschine dem König abtrat. Bereubens erbot sich der König, eine hohe Buße zu zahlen, um den verstorbenen Beamten zu retten.

Dem Ostpreußen bezeichnet der König als sein Werk. Das Personal weiß das und ist mir dafür sehr anhänglich. Einmal haben sie mich das Leben gerettet, die kranken Eisenbahner, als man — nach Frau Ferdinands Ermahnung — Alttante in Serbien aus gegen mich unternahm. Jetzt haben die Herren dort oben statt des Ostpreußen diese Schildkröte von Baltanog gegeben, die nur bis Budapest anfänglich verkehrt.

Schließlich verlangte der König ein Bild von mir, „aber in Uniform“, und lud mich aufs Land, nach Gyringrad; dort lege er viel lieber als hier, „in diesem geschmack- und hilflosen, ungeliebten Bau“.

Im Januar 1917 war der König wieder einmal in Pflanz; dahin ging er ja oft — um seines Stichtelns willen. Man ließ ihm im Gebirgsland der „Baborets“ viele Anstalten des Fürsten — alle auf höchstpersönlich. Die beiden Kaiser, Wilhelm und Karl, verstanden ihn da — „um mir das Grab zu schauen“, wie er sich ausdrückte.

Nach dem Umsturz lag ich den König erst im Winter, 1922 in München. Er ließ sich am Morgen bei mir antworten, „Aun Tee“, kam ohne Begleitung, in einem magenbunigen Lederschu, trat darüber noch einen Fußsteg.

Er erinnerte gleich an den Umsturz der Dinge: „Seit Sie in Sofia waren, hat man unendlich über mich geschimpft und hat mich sehr belächelt.“ In meine Frau würde er sich auf rufen, er habe die Sprache erlernt, als er nach Pflanz gehen sollte. Er meinte damit seine Entbindung zur Krönung des Zaren Alexanders III. 1883. Das Russisch sei ihm leicht gefallen — er sei ja in den Skarpaten aufgewachsen und habe früher slavisch als deutsch gesprochen. „Wunderbögen, die Wälder bei Pflanz. Jetzt sind sie mit leider ver-







## Wirtschaftsglossen

Wenn das wirtschaftliche Glaubensbekenntnis, das Dr. Carl Friedrich v. Siemens gestern vor den Aktionären seines Konzerns ablegte, Allgemeingut der internationalen Industrie wird, so wäre ein wesentlicher Schritt zur Überwindung der Wirtschaftsnote getan. Denn auch auf ökonomischem Gebiet ist Einsicht der erste Schritt zur „Besserung“. Die beteiligten Länder müssen einsehen, daß man die Milliardenverluste des Krieges nicht einfach auf andere Völker abwälzen kann. Aber auch innerhalb der einzelnen Wirtschaftsnationen, namentlich in Deutschland, geübelte es das Bestreben, den ganzen Schaden einzelnen Schichten aufbürden zu wollen. Hier, man es aber früher für nötig, die zerstörten Werte der Fertige Produkte zu ersetzen, so verhält es sich jetzt die enggesetzte Theorie. Das Verlorene muß wieder eingespart werden. Es hat den Anschein, als wolle er damit für die ganze kapitalistische Welt eine Periode gedrückter Lebenshaltung prophezeien. Für seine Firma, die hauptsächlich Produktionsmittel herstellt, ergeben sich daraus besondere Konsequenzen, weil bei den langen Lieferfristen der elektrotechnischen Fabrikation der Absatz, aber auch der Aufschwung später fühlbar werden als anderswo.

Dr. v. Siemens bekannte sich als Anhänger hoher Löhne und stabiler Dividenden. Da er es aber für unmöglich hielt, die notwendige Entlastung der Produktionskosten restlos durch Senkung der öffentlichen Abgaben herbeizuführen, deutete er schon jetzt die Möglichkeit von Lohn- und Dividendenkürzungen an. Daher wohl auch die energische Zurückweisung der Angriffe, die kürzlich gegen die Bezüge der Siemensdirektoren erhoben wurden. Der Leiter des größten deutschen Veredelungskonzerns ist sicher weit davon entfernt, in Löhnen und Steuern die alleinigen Schäden der Wirtschaft zu erblicken. Er wies selbst darauf hin, welches Bleigewicht die Zinsen und Kosten des „in Stein und Eisen brachliegenden Kapitals“ für die Kalkulation unserer Wirtschaft bedeutet. Ob die Wirtschaft für die Abschreibungen und Umstellungen, die sich daraus ergeben, schon durchweg gerüstet ist — darüber enthielt sich Dr. v. Siemens des Urteils.



Die Erhöhung der Januarumlage auf 9,25 M., die gestern das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat beschlossen hat, und nicht weniger die unverkennbar wachsende Nervosität des Bergbaues wegen der Schwierigkeiten, die einige Zeichen der Verlängerung des Syndikatsvertrages machen, sind die Auswirkungen der schlechten Absatzlage für Kohle. Es ist bezeichnend für die Situation, wenn das Syndikat feststellen muß, daß die Preisermäßigung nicht entfernt den erwarteten Mehrabsatz gebracht hat. Soweit überhaupt im Januar lebhaftere Abfrage erfolgt sind, glaubt man sie in ursächlichen Zusammenhang mit dem zweiwöchigen Streik in Süddeutschland zu können. Bereits Ende Januar senkte sich die Absatzkurve wieder und im Februar nahm die rückläufige Bewegung zu. In den ersten drei Wochen sank der Verkauf um 20 pCt. gegenüber der gleichen Zeit im Januar.

Diese Entwicklung beunruhigt um so mehr, als sie einmal die Folge eines rapide nachlassenden Bedarfs der Industrie an Kohle und fern nicht eine innerdeutsche Angelegenheit, sondern eine europäische ist. Der Warenausfall am Weltmarkt verschärft sich. Eine dauerhafte Belebung hat der Südwälder Streik nicht gebracht. In Belgien sinken Produktions- und Absatzzahlen, in Frankreich müssen bei wachsenden Haldebeständen die ersten Feierschichten eingelegt werden. Nirgends sieht das Syndikat im Gesamtmarke der Weltwirtschaftskrise eine Besserung. Gründe deshalb sollte bei der bevorstehenden Syndikatsverneuerung nicht nur jede egoistische Opposition unterlassen, sondern alle Kräfte für eine durchgreifende Sanierung der Kohlenmärkte einsetzen. Nicht eine syndikatslose Zeit, sondern ein ungewöhnlich strenges Syndikat ist die Forderung der Stunde.



Die Monate Februar und März bringen in normalen Zeiten eine Hochflut von Generalversammlungen, besonders in der Reichshauptstadt. In diesem Jahre ist von dieser Hochflut nicht nur nichts zu spüren, im Gegenteil, nur wenige Gesellschaften haben bisher ihre Abschlüsse zur Genehmigung gestellt, und das, obwohl die Aktiengesellschaften nach wie vor zu Abhaltung ihrer o. G.-V. gesetzlich gezwungen sind. Die Gründe hierfür sind dreifacher Art: Zunächst die effektive Verringerung der Zahl der Gesellschaften durch Fusionen und Liquidationen, die Hochflut wieder beruht waren durch die Rationierungsmaßnahmen innerhalb der gesamten Wirtschaft. Als zweiter Grund kommt die Verlegung einer Reihe von Generalversammlungen von Berlin, die teils als Flucht vor der Öffentlichkeit, teils auch als Flucht vor der Opposition, die im allgemeinen in Berlin am stärksten aufzutreten pflegt, zu werden ist. Als letzter und dritter Grund für die spärlichen Generalversammlungen sind die wirtschaftliche Depression und die unübersichtliche Zu-

kunftsentwicklung zu betrachten, die die Verwaltungen der beschriebenen vielfach bis zum letzten Moment hinausgezögert, da was einträglich konjunkturveränderungen ihre Bilanzpolitik nicht beeinflussen

## Europäische Getreide-Union

### Beschlüsse der Internationalen Agrar-Konferenz

PARIS, 25. FEBRUAR

Die erste internationale Agrarkonferenz, über welche in der „Vossischen Zeitung“ bereits berichtet wurde, hat heute mit der Annahme von zwei Resolutionen ihr Ende gefunden. Die eine stellt fest, daß die Erntebüberschüsse an Weizen in den mittel- und osteuropäischen Agrarländern nur einen geringen Bruchteil des Bedarfs der europäischen Einfuhr darstellen. Nicht nur Länder, die regelmäßig Abnehmer des osteuropäischen Getreides sind, sondern auch solche, die ihren Bedarf bisher anderwärts zu decken pflegten, haben sich herbeizukraft, sich nach Möglichkeit an der Unterbringung der noch verbleibenden Vorräte zu beteiligen.

Die Konferenz hat die Überzeugung gewonnen, daß dank des günstigen Dispositionen der bisher unverkauften Erntemengen binnen kurzem Abnahme finden werden. Die Regelung der Bedingungen, der Preise und des Abtransports soll direkten Verhandlungen zwischen den Käufern und Verkäufern vorbehalten bleiben. Die Konferenz hat sich davon überzeugt, daß angesichts der Verschiedenheiten der Verhältnisse eine Aufstellung einheitlicher Regeln unmöglich sei. Immerhin haben sich die Regierungen einer ganzen Reihe von Einfuhrländern schon jetzt durch ihre Unterschrift unter diese Resolution verpflichtet, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um die Abschließung solcher Kontrakte zu beschleunigen.

Die zweite Resolution hat die Ernteverlöse an Mais und Gerste zum Gegenstand. Sie stellt mit Befriedigung fest, daß eine ganze Reihe Einfuhrländer sich verpflichtet hat, ihren Bedarf an diesen Erzeugnissen künftig in Europa zu decken, und daß darüber hinaus bereits größere Abschlässe im Gange seien, welche die Unterbringung der weitaus größten Teiles der Erntebüberschüsse sicherstellen.

Beide Resolutionen sind von der großen Mehrzahl der Konferenzteilnehmer unterzeichnet. Nur einige Delegationen, darunter die englische, haben ihre Unterschrift von der Zustimmung ihrer Regierungen abhängig gemacht. Der

französische Unterstaatssekretär François-Poncet, der die Verhandlungen geleitet hat, beglückwünscht die Konferenz zu dem erzielten Ergebnis, das nicht nur den notwendigen Agrarstaaten wirksame Hilfe in Aussicht stellt, sondern zugleich auch als

### erste praktische Bekundung des Willens zur europäischen Zusammenarbeit

anzusehen sei. Wie wir dazu von autorisierter deutscher Seite erfahren, beabsichtigt die deutsche Regierung, schon in allernächster Zeit auf der Basis der heutigen Vereinbarungen direkte Verhandlungen mit den Donauländern einzuleiten. Wenn auch für Deutschland infolge der Notlage der eigenen Landwirtschaft und vor allem mit Rücksicht auf die beträchtlichen Roggenüberschüsse der Verhandlungsplan nicht allzu groß ist, so legt die deutsche Regierung doch Wert darauf, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten an der Lösung einer für ganz Europa wichtigen und bedeutsamen Problems mitzuarbeiten. Die Umsetzung der angenommenen Resolutionen in die Praxis werde von Land zu Land verschoben sein und zu dem Aufgabekreis der schwebenden Handelsvertragsverhandlungen gehören.

**Aussprache über Verbilligung landwirtschaftlicher Kredite.** Unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning fand eine Aussprache mit Vertretern der landwirtschaftlichen Zentral-Kredit-Institute und des Reichsvereins der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaften — Raiffeisen — statt, um Maßnahmen zur Verbilligung landwirtschaftlicher Kredite zu erörtern. Es nahmen teil der Reichsminister Dr. Brüning, der Reichsstaatssekretäre Dr. Gehl, Dr. Trendelenburg und Dr. Schäffer nebst Vertretern der zuständigen Ministerien des Reiches und Preussens. Die Aussprache befaßte sich mit den Zuständen auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Kreditwesens und ergab Übereinstimmung darüber, daß auf Grund weiterer Erörterungen die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden sollen.

## Gekündigter Exportvertrag

Der Stahlwerksverband hat, nach einer Drahtmeldung der „Vossischen Zig.“ aus Essen, das Abkommen mit der böhmischeschlesischen Röhrenverfertigung für den Export geschweißter Röhren regelet, unerwartet zum 31. Mai gekündigt. Eine stichhaltige Begründung dafür ist in dem Abkommen selbst nicht enthalten. Die Röhrenwerke, nach dem 31. Mai kein vertraglicher Zustand eintreten, sondern ein anderes Abkommen getroffen werden soll. Das bedeutet praktisch nichts anderes als eine Herabsetzung der bisher gewährten Frachtabgabe für Material, das in verarbeiteten Zustand exportiert wird.

Die betroffenen Werke hatten auf Grund dieses Vertrages neuwertige Exportaufträge erteilt und damit wenigstens einen Teil der geltend gemachten Stängelröhren Industrie eine gewisse Beschäftigungsmöglichkeit erhalten. Nach der Kündigung befürchtet man, daß die Erfüllung langfristiger Lieferungsverträge unmöglich wird. Man erinnert sich, daß der Röhrenverband einen ähnlichen Kampf wie jetzt gegen die geschweißten Rohre vor längerer Zeit gegen die Konkurrenz kalt gewalzter Röhren geführt hat.

## Afrika-Reedereien dividendenlos

Als erste der deutschen Groß-Reedereien werden die durch Interessengemeinschaft verbundene Deutsche Ostafrika-Linie und Woermann-Linie in Hamburg mit ihrem Abschluß für 1930 in die Öffentlichkeit treten. Die Aufsichtsräte dieser auch durch Personalunion verbundenen Gesellschaften haben, wie der „Vossischen Zeitung“ aus Hamburg gedruckt wird, beschlossen, für das ablaufende Geschäftsjahr eine Dividende wieder nicht zu verteilen. Das Geschäft war durch die schlechte Wirtschafts-lage stark beeinträchtigt.

## Liquidationsvorsorge der Scheidemann AG.

Die dem Aufsichtsrat der AG. für Chemische Produkte vorm. H. Scheidemann, Berlin, vorgelegte Bilanz per 30. September 1930 schließt nach Abschreibungen von 625 (i. V. 2,24) Mill. RM und als reichlich beziehentlichem Rückstellungen einschließlich des vorjährigen Vortrags von 0,22 Mill. RM mit einem Gewinn von 0,73 Mill. RM (i. V. Ringgewinn 1,27 Mill. RM) ab, dessen Vortrag auf neue Rechnung beantragt wird. Die Verwaltung, die i. V. eine Dividende von 5 pCt. verteilt hätte, will diesmal in Anbetracht der unübersichtlichen Wirtschaftslage von einer Gewinnausschüttung Abstand nehmen.

**Sächsische Bank, Dresden, voraussichtlich 8 pCt.** Wie der Dresdener Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ hört, ist mit einer Senkung der Dividende bei dem sächsischen Notennstitut zu rechnen. Da der Diskont 1930 wesentlich niedriger lag als 1929, ist eine Ermäßigung des Gewinnes eingetreten. Die Dividende dürfte auf 8 pCt. gesenkt werden (i. V. 11 pCt.).

## Niederlausitzer Kohlenwerke wieder 10 pCt.

Der Aufsichtsrat der Niederlausitzer Kohlenwerke, Berlin, hat beschlossen, nach Abschreibungen von 4,8 (5,45) Mill. RM eine Dividende von 10 pCt. (wie im Vorjahre) auf das Reinkapital von 100 Mill. RM zu verteilen. Der Geschäftsführer Dr. J. Sapper, Berlin, wie zum amtlichen und Dr. Franz Knips, Berlin, zum stellvertretenden Vorstandsmittglied bestellt.

## Protest bei Südsee-Phosphat

### Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BREMEN, 25. FEBRUAR

In der unter Vorsitz von Rechtsanwalt Dr. Ahlers-Bremm abgehaltenen a. o. G.-V. der Deutschen Südsee-Phosphat AG, Bremen, waren 1.027.500 RM Stammaktien mit 205 Stimmen und 5.000 RM Vorzugsaktien mit 1.900 Stimmen vertreten, davon 665.000 RM Stammaktien durch einen Vertreter der holländischen Kolonialgesellschaft „Colonia“ in Amsterdam, welche damit über die Mehrheit des vertretenen Stammkapitals verfügte. Direktor Schein machte eine Mitteilung gemäß § 240 HGB. Die Versammlung genehmigte gegen 79 Stimmen mit allen übrigen des Geschäftsbericht für 1930, wogegen von der Opposition Protest zu Protokoll gegeben wurde. Der Aufsichtsrat wurde einstimmig erlesen. Die Sanierungsverschlüsse wurden gegen 71 Stimmen mit allen übrigen Stimmen genehmigt, wogegen gleichfalls Protest zu Protokoll gegeben wurde.

Nach Durchführung der Sanierungsbeschlüsse beträgt das Aktienkapital 175.000 M. Wie der Vorsitzende mitteilt, ist nicht an eine Beschaffung neuer Mittel gedacht. Man wolle mit dem geringstmöglichen Umfange die notwendige Erhaltung der Betriebsanlagen vornehmen. Dann beschloß die Versammlung einstimmig die Herabsetzung der Mindestzahl der Aufsichtsratsmitglieder von vier auf drei und wählte als neuen Aufsichtsratsvorsitzenden Rechtsanwalt Dr. Ahlers-Bremm, former Direktor Kluck-Bremm und Direktor E. H. M. J. beide von der Fides-Trusthandelsgesellschaft. Die Aufsichtsratsmitglieder des Aufsichtsrates von 20.000 auf 1500 M. herabgesetzt. Direktor Schein teilte mit, daß ihm von allen Aufsichtsrats seine Stellung zum 31. Dezember 1930 gekündigt worden sei. Er ist in Aussicht genommen, daß der Vorstand der Gesellschaft in Zukunft bestmännlich verwaltet werden soll.

**Böhlen-Sanierung genehmigt.** Die G.-V. der Sächsischen Ostafrika-Werke Böhlen AG, Dresden, genehmigte, wie der „Vossischen Zeitung“ aus Dresden mitgeteilt wird, den Abschluß und die Sanierung durch Zusammenlegung der Aktien 4. 1. und Wiederantritt auf 6 Mill. RM. Die Sanierungsbeschlüsse der Verbilligung der Dividendenberechtigung ab 1. Juli 1931. Die Durchführung der Kapitalberichtigung ist gesichert. Die neuen Aktien übernimmt ein Konsortium, an dem der sächsische Staat und die Stadt Trebitz beteiligt sind. Neben dem Aufsichtsrat gewählt wurden Ministerialrat Flury als Staatsbankdirektor, Dr. H. M. J. als Bankdirektor, Friedr. Dresden, Bankdirektor Osterloh Düseledorf und Adminal Brühnhaus-Dortmund.





